

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Flüchtlingsrückführung aus Iran

Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) hat mit Irans Regierung die Rückführung der dort noch lebenden 1,4 Millionen afghanischen Flüchtlinge vereinbart. Laut UNHCR-Sprecher Chris Janowski könne so sichergestellt werden, daß die iranischen Behörden die Flüchtlinge nicht gegen ihren Willen zurückführen.

Von den Flüchtlingen leben allerdings nur knapp 37.000 in Lagern. Die übrigen sind relativ gut in die iranische Gesellschaft integriert. Teheran hatte trotzdem — auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen — immer wieder Abschiebungen angekündigt und teilweise auch umgesetzt. Teilweise war dies auch als Druckmittel gegen das Taliban-Regime benutzt worden. Nach UNHCR-Angaben vom Mai 1999 sind seit dem Fall des prosovjatischen Regimes in Kabul im April 1992 582.303 Afghanen offiziell und mit materieller UNHCR-Unterstützung aus Iran in ihr Land zurückgekehrt sowie eine weitere Million "spontan", das heißt ohne UNHCR-Hilfe.

Die Rückbewegung endete faktisch, nachdem die Taleban Ende 1995 die nahe der Grenze zu Iran liegende Provinzhauptstadt Herat eroberten. Während 1995 nur noch fast 100.000 Afghanen aus Iran zurück in die Heimat gingen, sank diese Zahl 1996 auf 8.400 und 1997 auf 2200. 1998 kam es zu einer leichten Erhöhung.

Iran ist vor allem im Winter zusätzlich auch das Zielland vieler afghanischer Arbeitsmigranten, die dort versuchen, die im eigenen Land für den Einkommenserwerb schwierige Zeit zu überbrücken. Im Januar nahm das iranische Parlament ein Gesetz an, das die Regierung verpflichtet, bis zum Ende des iranischen Kalenderjahrs am 20. März "alle ausländischen Arbeitskräfte auszuweisen, die keine Arbeitserlaubnis haben". Wer solche Arbeitskräfte beschäftigt, dem drohen Geldstrafen. Die meisten afghanischen Arbeitsmigranten, deren Zahl ein Parlamentarier mit 500.000 bis 600.000 angab, besitzen keine entsprechenden Papiere. In der iranischen Ostprovinz Seistan-Belutschistan sollen sie ein Drittel der Bevölkerung stellen.

Neue Form der humanitären Hilfe

Vier in Afghanistan tätige europäische Hilfswerke haben nach Meldung von Wirtschaftsdiensten ein Konsortium gebildet, um größere Projekte in dem Land umsetzen zu können. Die 'Deutsche Welthungerhilfe', das Dänische 'Komitee für Hilfe für afghanische Flüchtlinge' (DACAAR), das Schwedische 'Afghanistan-Komitee' und 'Health Net International' aus den Niederlanden werden bei einer Laufzeit von zwei Jahren (bis 2001) ein kombiniertes Projekt im Umfang von 40,15 Mio Euro durchführen. Davon kommen 17,6 Mio Euro als Zuschuß von der EU. Schwerpunktbereiche sind Wasserversorgung, Landwirtschaft, ländliche Infrastruktur, Schul- und Schutzbauten, Gesundheitswesen und —erziehung sowie Gemeinschaftsentwicklung. Hintergrund dieses Ansatzes ist, daß Afghanistan u.a. wegen der UN-Sanktionen gegen das Taliban-Regime und dessen Nichtanerkennung als Zentralregierung derzeit keine offizielle Entwicklungshilfe, sondern nur Nothilfe erhalten kann. Dies kritisieren fast alle noch im Land arbeitenden NROs, denen es kaum noch gelingt, staatliche oder EU-Mittel zu akquirieren. So mußte Ende 1999 nach acht Jahren ein in der Region einmaliges Spezial-Krankenhaus u.a. zur Behandlung von Minenopfern im ostafghanischen Jalalabad schließen, weil die Träger HELP e.V. (Bonn) und die Chirurgenvereinigung Interplast keine Fördermittel mehr aufreiben konnten.

Auch Deutschlands Engagement in Afghanistan, das in den 60er und 70er Jahren immerhin zu den größten Empfängerländer deutscher Entwicklungshilfe und Entwicklungshelfer gehörte, sank gegen Null. Bis 1997 gab es noch Entwicklungsprojekte des BMZ und umfangreichere Mittel des Auswärtigen Amtes. Dann mußte die BMZ-Vorfeldorganisation GTZ ihre Büros in Pakistan schließen, wo sie zuletzt wegen der Taleban-Herrschaft nur noch tätig sein durfte. Zur Zeit beläuft sich die deutsche Entwicklungshilfe auf den bescheidenen Betrag von 2,5 Millionen Mark im Jahr. Zwei Millionen gibt das Außenamt



Zersörungen sind in Afghanistan allgegenwärtig, hier der zerstörte fühere Königspalast Dar-ul-Aman
(Foto: Thomas Ruttig)

für Minenräumung, eine halbe Million das BMZ für "Winterhilfe" der Deutschen Welthungerhilfe. Nach Aussagen aus UN-Kreisen in der Region wird in Afghanistan auch das "Kosovo-Syndrom" spürbar, d.h. es ist ein weiterer Rückgang von Finanzmitteln wegen des verstärkten Engagements auf dem Balkan zu verzeichnen.

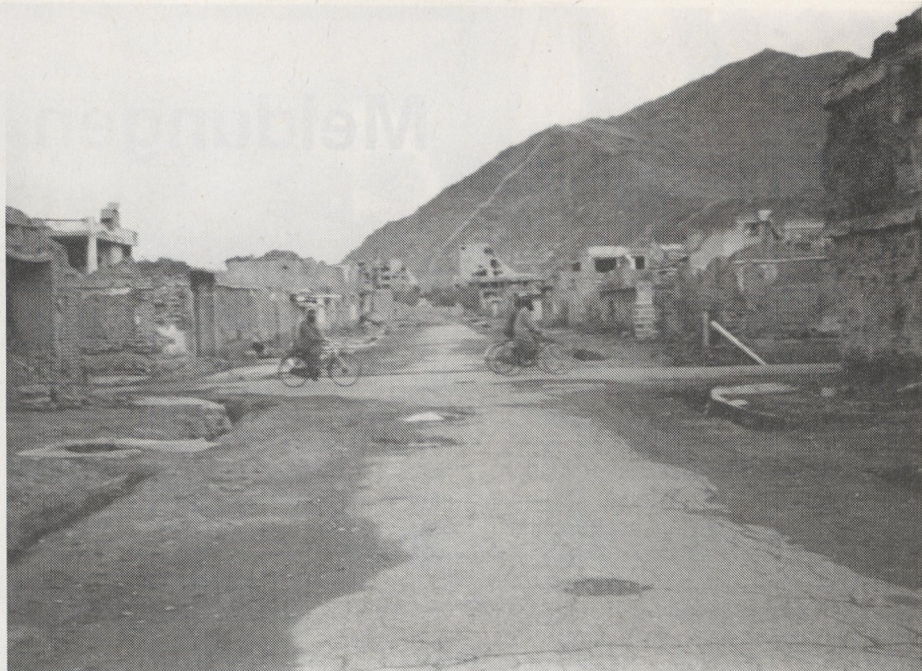
Neuer UN-Anlauf für Friedenslösung

Mit dem Spanier Francisc Vendrell hat die UNO erstmals seit mehreren Jahren wieder das Amt des Sondervertreters des UN-Generalsekretärs in Afghanistan besetzt. Vendrell befindet sich derzeit auf einer Rundreise durch Afghanistans Nachbarländer. Bei einem Treffen am 8. Februar in Duschanbe sprach sich Tadschikistans Präsident Emomali Rahmonow erneut für eine friedliche Beendigung des afghanischen Bürgerkrieges aus und forderte neue Anstrengungen der so genannten 6+2-Gruppe aus den sechs unmittelbaren Nachbarn Afghanistans (China, Iran, Pakistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan) sowie den USA und Rußland. Vendrell hatte zuvor auch in Iran, Usbekistan sowie Kirgisistan Gespräche geführt. Der kirgisische Präsident Askar Akajew hatte dabei vorgeschlagen, sein Land ebenfalls in die 6+2-Gruppe aufzunehmen. Dahinter stehen offenbar Befürchtungen, von den Taleban inspirierte islamistische Kräfte könnten auch im bisher ruhigen Kirgisistan Fuß fassen. Akajew hatte sein Land bereits 1997 einmal als Austragungsort einer internationalen Afghanistan-Konferenz vorgeschlagen.

Neben Vendrell existiert noch der UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, der frühere algerische Außenminister Brahimi. Der hat seine Aktivitäten derzeit eingestellt, weil weder die Taleban noch die Anti-Taleban-Allianz wirklich positiv — d.h. mehr als nur in Worten — auf seine Bemühungen reagiert haben.

Taleban erkennen Tschetscheniens Unabhängigkeit an

Bei einem Treffen am 16. Januar im Taleban-Hauptquartier Kandahar mit dem amtierenden tschetschenischen Präsident Selimkhan Jandarbijew hat Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar offiziell die tschetschenische "Republik Itschkerien" (so die Eigenbezeichnung) anerkannt. Dies gab Taleban-Außenminister Abdul Wakil Muttawakil bekannt. Ein weiterer Taleban-Sprecher erklärte, Afghanistan könne den Tschetschenen aber nur "minimale Hilfe" gewähren. Der tschetschenische Außenminister Iljas Ahmadow erklärte zwei Tage später in Washington, die Taleban-Anerkennung solle als Ausdruck deren Besorgnis



Zerstörte Straßen im Westen Kabuls (Foto: Thomas Ruttig)

über die Menschenrechtsverletzungen durch die russischen Truppen in der Kaukasusrepublik gewertet werden. "Ich würde jeden militärischen Aspekt der Anerkennung zurückweisen", sagte er. Die Taleban hatten mehrmals angekündigt, sie wollten Kämpfer zur Unterstützung der Tschetschenen schicken. Aber unklar ist, ob dies auch umgesetzt wurde. Ein hoher Taleban-Kommandeur sagte am 31. Januar in Kabul, daß drei Wochen zuvor ein Kontingent afghanischer Kämpfer nach Tschetschenien abgereist sei. Die Taleban selbst werden nur von Pakistan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten anerkannt, wobei die Botschafter der Taleban und der Saudis wegen der Affäre um den aus Saudi-Arabien stammenden Islamistenführer Usama bin Laden, der bei den Taleban Asyl genießt, nicht vor Ort sind.

Rußlands Außenministerium verurteilte den diplomatischen Schritt der Taleban als "rechtlich ungültig" und "Einmischung in Rußlands innere Angelegenheiten".

Wahlsieg für Afghanistan-Veteranen

Boris Gromow, der den Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus Afghanistan kommandierte, ist bei den russischen Parlamentswahlen im Januar erneut in die Duma eingezogen. Er kandidierte auf der Liste des Widersachers von Übergangspräsident Wladimir Putin, Waleri Primakow. Gromow ist ein Gegner des Tschetschenien-Krieges, begründet dies jedoch mit einer angeblich falschen Vorgehensweise. Er hatte schon den ersten Tschetschenien-Krieg Rußlands hart kritisiert, damals noch,

weil damit der Fehler des Afghanistan-Abenteuers wiederholt werde. Parallel gewann der 57-jährige General auch die Stichwahl um den Gouverneursposten für die Oblast Moskau (ohne das Stadtgebiet).